

Aktuelle Post aus dem Kreistag (30)



4. Februar 2026

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Am 4. Februar 2026 fand die letzte Kreistagssitzung in dieser Wahlperiode statt.

Arbeitsbericht 2021 bis 2026



Die Linke
FRAKTION IM KREISTAG
DER WETTERAU

Auch in den letzten fünf Jahren haben wir nach jeder Sitzung die aktuelle Post aus dem Kreistag an Sie/an euch versendet. Damit man draußen sieht, was im Parlament vorgeht. Das war uns wichtig. Wir verstehen Politik nicht so, dass einmal alle fünf Jahre eine Stimme abgegeben wird. Und danach hört und sieht man nichts mehr von den gewählten Politiker:innen. Wir haben uns immer sehr gefreut, wenn uns Anregungen, Ideen, Informationen und natürlich auch Kritik erreicht haben! Herzlichen Dank dafür! Gerne mehr davon!

Am 15. März 2026 sind Kommunalwahlen. Auch der Kreistag wird neu gewählt. Gehen Sie/geht wählen! Und natürlich würden wir uns über eine Stimme für DIE LINKE. freuen!

Beste Grüße: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag der Wetterau und alle Unterstützer:innen, die im Hintergrund zuarbeiten.

Hier ist unser Arbeitsbericht der letzten Wahlperiode zu finden: [https://die-linke-](https://die-linke-wetterau.de/wp-content/uploads/2026/01/Rechenschaftsbericht-2025-75dpi.pdf)

[wetterau.de/wp-content/uploads/2026/01/Rechenschaftsbericht-2025-75dpi.pdf](https://die-linke-wetterau.de/wp-content/uploads/2026/01/Rechenschaftsbericht-2025-75dpi.pdf)

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Vorlage der ersten Beigeordneten: Beschluss über die Verwendung der Infrastrukturförderung aus dem „Sondervermögen“ des Bundes.
2. Antrag der Grünen: Zukunft für das Tierheim Wetterau.
3. Antrag AfD: Für einen fairen Kommunalwahlkampf.
4. Vier Anträge DIE LINKE. zur Arbeitsweise des Jobcenters Wetterau.
5. Haupt- und Finanzausschuss: Endlich will der Wetteraukreis eine Wohnungsbörse betreiben.

RÜCKLICHT



5. Dezember 2025: Hundert Schüler:innen streikten in Friedberg gegen die Wehrpflicht. Bundesweit beteiligten sich 55.000 Schüler:innen am ersten Schulstreik. Am 5. März 2026 soll es wieder eine Streikaktion geben. Auch in Friedberg.

Die jungen Leute sagen: „Die Bundeswehr will an unseren Schulen werben. Wir wollen Friedensbildung! Rheinmetall will, dass die Aktien steigen. Wir wollen Geld für Bildung und Soziales! Pistorius will, dass wir kriegstüchtig werden. Wir wollen eine Zukunft!“

DIE LINKE. Wetterau unterstützt die Schulstreiks. Die Jugend darf nicht als Kanonenfutter enden!



Am **19. Februar** jährt sich der rassistische Anschlag in Hanau zum 6. Mal. Neun Menschen wurden von einem rechten Fanatiker getötet. Ihr Tod ist eine Anklage. Wir müssen Rassismus benennen und bekämpfen: im Alltag, in den Behörden, in der Politik, in den Medien und in den Sicherheitsapparaten. Dort, wo weggesehen, relativiert und geschwiegen wird. Dort, wo Warnungen ignoriert und Betroffene nicht gehört werden. Lippenbekenntnisse reichen nicht. Bis heute wurde der Tathergang der Hanauer Morde nicht endgültig aufgearbeitet. Ohne juristische Aufklärung und kritische Aufarbeitung geht die Straflosigkeit weiter.

In einer Zeit, in der die Gefahr einer rechtsextremen Regierung real ist, heißt es: **Nie wieder ist jetzt!**

Wir fordern genaues Zuhören und echte Solidarität mit den Betroffenen. **Erinnern heißt verändern.**

Am 19. finden in Hanau und auch in Friedberg Gedenkveranstaltungen statt. **Beteiligen Sie sich/beteiligt euch!**

Beschlussvorlage der Ersten Kreisbeigeordneten über die Verwendung der Infrastrukturförderung aus dem „Sondervermögen“ des Bundes

Der Hessische Landkreistag hat Anfang November 2025 eine Schätzung verschickt, wie viel die Kreise für Infrastrukturinvestitionen aus dem 500-Milliarden-Kredit des Bundes bekommen würden. Danach erhält der Wetteraukreis etwa 80,5 Millionen – in zwei Tranchen.

Die Erste Beigeordnete Weckler ließ über zehn Punkte abstimmen, in die Geld fließen soll.

Sie hat sich das nicht selbst ausgedacht, sondern die Landesregierung hat die Punkte vorgegeben.

Das sind 1. Bevölkerungsschutz/Katastrophenschutz/Feuerwehr. 2. Mobilität (Verkehrsinfrastruktur) sowie Wohnungs- und Städtebau. 3. Krankenhaus-, Rehabilitations- und Pflegeinfrastruktur (Gesundheit und Pflege). 4. Energie- und Wärmeinfrastruktur sowie Technische Infrastruktur. 5. Bildungsinfrastruktur. 6. Wissenschaftsinfrastruktur. 8. Forschung und Entwicklung. 9. Digitalisierung. 10. Sportinfrastruktur.

Das hört sich zunächst mal gut an. Allein uns fehlt der Glaube!

Alle Anzeichen weisen darauf hin, dass der Löwenanteil dieser 500 Milliarden Bundes-Investitionsspritze nicht „unbürokratisch“ (wie es in der Beschlussvorlage heißt) für zivile Investitionen ausgegeben wird.

Das lässt auch die Gewichtung der zehn Punkte erahnen:

Zuerst kommt der Bevölkerungsschutz. Das ist sehr schwammig: Was wird geschützt? Es ist sicher nicht gemeint, dass Schutzmaßnahmen vor Starkregen und Überflutung gebaut werden. Oder dass die Bevölkerung vor Klimaveränderungen, wie Hitzewellen, geschützt wird. Wer Pistorius und anderen Militärs zuhört, weiß inzwischen, dass damit die Vorbereitung auf den Kriegsfall gemeint ist.

Das Gleiche mit Punkt zwei: Da steht Mobilität an erster Stelle. Pistorius gibt die Losung aus, Brücken und Straßen panzertauglich zu machen. Reicht dann das Geld noch für Wohnungs- und Städtebau? Oder sind das Anhängsel zur Ablenkung und Beruhigung?

Wohnungsbau ist DIE soziale Aufgabe! Warum gibt es dafür keinen eigenen Punkt?

Und dann der Punkt Gesundheit: Pistorius fordert, Deutschland bis 2029 "kriegstüchtig" zu machen, was ausdrücklich eine verbesserte Krisenfestigkeit des Gesundheitssystems und der Krankenhäuser umfasst. Dabei geht es um die „Vorbereitung auf zivil-militärische Krisenlagen“ – also Krieg.

Die Regierung sieht massive Defizite bei Schutzräumen, IT-Sicherheit und Energieversorgung.

Das alles beinhalten diese zehn Punkte. Und hoffentlich fällt zuletzt noch ein bisschen Geld für Bildung, zivile Forschung und Sport ab...

DIE LINKE. Fraktion hat sich enthalten. Wir waren immer für ein kommunales Investitionsprogramm. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass das Geld für zivile Projekte ausgegeben wird. Doch unser größter Kritikpunkt ist, dass der soziale Wohnungsbau eine untergeordnete Rolle spielt. Eine finanzielle Aufstockung der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft stand jedenfalls nicht zur Debatte. Was an zivilen Maßnahmen durchsetzbar ist, wird sich zeigen.

Über die Einordnung in die Gesamtpolitik konnte in dieser Kreistagssitzung nicht diskutiert werden. Dafür gab es zu wenig Redezeit. Immerhin klang an, dass dieses „Sondervermögen“ aus Krediten besteht. Was dann ein Problem ist, wenn es vorrangig für militärisch relevante Investitionen ausgegeben wird.

Antrag Die Grünen: Zukunft für das Tierheim Wetterau

Das Tierheim ist in einem maroden Zustand. Der Betreiberverein erhielt zur Sanierung von keiner Bank einen Kredit. Er gilt nicht als kreditwürdig. Denn der Betrieb wird nicht kostendeckend von den Wetterauer Kommunen finanziert. Für eine Sanierung reicht dieses Geld nicht.

Seit vielen Monaten wird nun über diesen maroden Zustand im Kreistag diskutiert. Ein Neubau ist nötig und der ist teuer. Und ebenso lang schiebt die Koalition eine Verantwortung für das Tierheim von sich. Inzwischen sind einige Kommunen aus der gemeinsamen Finanzierung ausgetreten.

Andere haben es vor.

Der Betreiberverein legte einen neuen, billigeren Investitionsplan vor. Und die Kreistagsparteien sehen die Notwendigkeit, etwas zu tun. Nur was? Es soll ja möglichst nichts kosten.

Grüne, FWG und FDP haben Anträge zum Tierheim gestellt.

Wir haben den Antrag der Grünen unterstützt.

Die Grünen wollen, dass der Wetteraukreis den Verein Tierheim Wetterau e. V. bei den Baukosten fördert: Der Kreis soll die Hälfte tragen. Dafür muss er dann in die Planung und Umsetzung des Baus einbezogen werden, damit die Kosten unter Kontrolle bleiben.

Damit könnte der Verein einen Kredit bekommen und die beteiligten Kommunen müssten keine Kostenexplosion befürchten.

Der Grüne Antrag wurde abgelehnt.

Die Koalition aus SPD und CDU einigte sich mit FWG und FDP darauf, dass der Kreis zehn Prozent der Baukosten trägt, dass mit den Kommunen über ihre Beteiligung am Tierheim gesprochen und über eine neue Rechtsform (Zweckverband o.ä.) verhandelt wird.

Soweit. Das Tierheim ist damit noch nicht aus dem Schneider.

Antrag der AfD: Für einen fairen Kommunalwahlkampf

Mimimimimi... in den vergangenen Wahlkämpfen gab es Vandalismus und Diebstahl von Wahlplakaten. Das ist kein Kavaliersdelikt, sowas darf nicht vorkommen und der Kreistag soll das verurteilen. Auch körperliche Übergriffe sollen verurteilt werden. Und Versuche, Parteiversammlungen zu verhindern. Wie zum Beispiel letzten Freitag in Friedberg: Da hatte die AfD ein Wahlkämpfertreffen im Restaurant St. Petersburg abgesagt - aus Angst vor Gegendemonstranten.

Im Mantel „der Demokratie“ kommt hier ein sehr durchsichtiges Manöver. Das haben wir gesagt:

„Ich verstehe, Sie wollen ihrer rechtsextremen Partei mehr Handlungsspielraum verschaffen. Das ist der alleinige Sinn Ihres Antrags. Rechten Vandalismus gegen unsere Wahlplakate gab es schon früher. Linke Infostände wurden früher auch behindert. Davon können wir ein Lied singen. Und das hat Sie bisher nicht sonderlich interessiert. Wir waren immer für gleiche Möglichkeiten der Wahlwerbung.

Aber jetzt im Februar, am 19. Februar, jähren sich die mehrfachen rassistischen Morde in Hanau. Da wird sichtbar: Faschistische rechte Ideologie ist keine andere Meinung. Das ist ein Verbrechen. Auch unsere Geschichte bezeugt das.

Protest gegen Rechts ist immer eine Eintreten für demokratische Rechte. Lesen Sie ihr Parteiprogramm, die Herren von der AfD!“

Vier Anträge der Linken zur Arbeitsweise des Jobcenters Wetterau

Die Kreistagsabgeordneten der Linken reden nicht nur, sie arbeiten in der Sozialsprechstunde des Vereins SOS seit nunmehr 13 Jahren mit. Dorthin kommen Menschen, die Probleme mit Ämtern oder Vermietern haben. Etwa 1200 Hilfesgespräche werden dort im Jahr geführt.

Wir haben vier häufig vorkommende Problemfelder in unserem Antrag benannt und mit Beispielen unterfüttert.

Es sind keine Einzelfälle. Auch wenn seitens der Sozialdezernentin versucht wurde, es darauf zu reduzieren. Uns wurde geraten, den Leiter des Jobcenters zu kontaktieren und diese Einzelfälle zu besprechen. Das Angebot gibt es seit längerem und wir hätten es nur einmal genutzt.

Das hört sich super an: Das Jobcenter nett und kooperativ. Die Sozialdezernentin ermunternd und voll des Lobes über unsere ehrenamtliche Arbeit.

Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir öffentlich auf die Probleme aufmerksam machen wollen. Wir wollen nicht hinter verschlossenen Türen verhandeln. Es darf auch nicht so sein, dass wir für die Mitglieder der SOS-Sozialsprechstunde Einzelverhandlungen führen – alle anderen Betroffenen aber nicht zu ihrem Recht kommen. Es sind systemische Probleme. Sie müssen politisch angegangen werden!

Was haben wir beantragt?

1. Der Wetteraukreis als Träger des Jobcenters (der zweite Träger ist die Bundesagentur für Arbeit) sorgt für eine umgehende Bearbeitung von Umzugs- und Mietgesuchen. Damit ein Wohnungsangebot nicht durch Verzögerung verloren geht.
2. Der Wetteraukreis als Träger des Jobcenters schafft Voraussetzungen dafür, dass Geflüchtete aus den Gemeinschaftsunterkünften wirklich in Privatwohnungen umziehen können.
3. Der Wetteraukreis als Träger des Jobcenters setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass die gesetzlich vorgesehene Beratungspflicht beim Jobcenter Wetterau real wahrgenommen wird. Läuft ein Bewilligungszeitraum für Bürgergeld ab, sind die Betroffenen rechtzeitig darüber zu informieren, dass ein Weiterbewilligungsantrag gestellt werden muss/kann.
4. Der Wetteraukreis als Träger des Jobcenters kümmert sich darum, dass die Arbeitsabläufe im Jobcenter übersichtlich gestaltet sind, gesetzliche Vorgaben eingehalten werden und alle Mitarbeitenden ausreichend ausgebildet sind.

Der ganze Antrag mit Begründungen und Beispielen ist hier zu lesen: <https://die-linke-wetterau.de/arbeitsweise-des-jobcenters-verbessern/>

Das war unsere Rede:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
wir haben hier vier Punkte benannt, die nicht nur sporadisch in der SOS-Sozialsprechstunde an uns herangetragen werden, sondern öfter.*

Ich hoffe, es ist ihnen beim Lesen unseres Antrags deutlich geworden, welche Bedeutung dieser Umgang des Jobcenters für die betroffenen Menschen hat.

Ich möchte auf einige Aspekte nochmal eingehen:

Wir begleiteten eine Person zum Jobcenter Frankfurt, weil sie eine Umzugsgenehmigung brauchte. Der Fall war dringend, denn die Zustände in der alten Wohnung waren unhaltbar. Die Begleitung schien uns deshalb angeraten, weil wir eine Verzögerungen bei der Genehmigung vermeiden

wollten. Vom Jobcenter Wetterau sind wir gewohnt, dass die Bearbeitungszeit für eine Umzugsgenehmigung länger ist – nicht einige Tage, sondern Wochen. Manchmal kommt gar keine Antwort.

Und dann ist ein Wohnungsangebot in der Regel verfallen. Kein Vermieter wartet so lange Zeit. Zumal der Andrang auf eine bezahlbare Wohnung in der Regel sehr groß ist.

Wir erwarteten dementsprechend eine härtere Vorsprache beim Jobcenter Frankfurt. Wie groß war unsere Verwunderung, als die Genehmigung binnen einer Stunde erteilt war. Und das auch nur, weil zwei Menschen vor uns dran waren. Die Angemessenheit der Miete wurde an einem Schalter geprüft und die Genehmigung erteilt. So einfach kanns gehen.

Jetzt ist natürlich die Frage: Warum geht das bei uns nicht? Die Mietobergrenzen sind klar, das Wohnungsangebot steht – was hindert das Jobcenter Wetterau an einer zügigen Bearbeitung? Gibt es kein Interesse, dass Bürgergeldempfänger eine Wohnung finden?

Auch beim zweiten Beispiel in unserem Antrag konnten wir uns nur wundern.

Der Vermieter war sogar sehr geduldig und hätte die Familie gern einziehen lassen.

Es gab ein längeres Hin- und Her an dessen Ende der Umzug aus der Flüchtlingsunterkunft versagt wurde. Obwohl die Miete unter den Mietobergrenzen lag.

Satt dessen zahlt das Jobcenter weiter Gebühren über den Mietobergrenzen an den Wetteraukreis. Was sollen wir davon halten?

Gibt es kein Interesse, dass Geflüchtete aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen?

Das dritte Beispiel führen wir an, weil wir denken, dass damit die Beratungspflicht des Jobcenters nicht erfüllt wird: Bisher informierte das Jobcenter Betroffene, wann ein Weiterbewilligungsantrag für das Bürgergeld ansteht. Diese Praxis wurde vor Kurzem eingestellt. Die Leute sollen selbst dran denken.

Das Ergebnis ist das:

Menschen, die psychisch belastet oder erkrankt sind, Menschen, die sprachliche Barrieren haben, verlieren auch mal die Übersicht und verpassen die Antragstellung.

Die Grundsicherung und die Miete werden dann eingestellt. Dann gibt es nicht nur kein Geld für Lebensmittel und Strom, sondern auch die Wohnung ist in Gefahr. Wenn Kinder da sind, ist das besonders tragisch.

Am schlimmsten ist, dass dieses Versäumnis nicht für den selben Monat geheilt werden kann und die Leistungen dann einen Monat verloren sind.

Und das ist nicht akzeptabel!

Und zuletzt: Schon immer gingen Unterlagen beim Jobcenter „verloren“. Zwischendurch hatten wir den Eindruck, es käme nicht mehr so oft vor. In letzter Zeit werden aber Unterlagen wieder häufiger mehrfach angefordert, sind angeblich nicht eingegangen oder werden nicht aufgefunden.

Bei Leuten die wir betreuen, kann das eigentlich nicht sein. Nach jeder Sprechstunde stecken Helfer:innen die Briefe persönlich in die Briefkästen. Wir sind Zeugen der Einreichung.

Wir wünschen uns, dass die Organisation im Jobcenter entsprechend sorgfältig arbeitet. Und wir denken, der Wetteraukreis ist als Träger des Jobcenters zuständig.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Unser Antrag wurde abgelehnt. Einzelnen Punkten stimmten die Grünen zu.

Die Sozialdezernentin verwies bei Punkt 2 auf das neu geplante Pilotprojekt „Wohnkompass“. Lesen Sie/lest dazu den nächsten Absatz.

Haupt- und Finanzausschuss: Endlich will der Wetteraukreis eine Wohnungsbörse betreiben

Was so ein Wahlkampf alles bewirken kann... Plötzlich gehen Sachen, die jahrelang abgelehnt wurden.

Seit 2022 beantragt DIE LINKE. Kreistagsfraktion, dass im Wetteraukreis eine Wohnungsbörse aufgebaut werden soll. Der Kreis hat das einmal für kurze Zeit praktiziert: Als ukrainische Geflüchtete in größerer Zahl einreisten. Man könne Menschen aus einem Kriegsgebiet nicht in Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete stecken – hieß es damals. Also fungierte der Kreis als Wohnungsvermittler zwischen privaten Vermietern und Geflüchteten.

Warum das nur für ukrainische Menschen gelten sollte, erschloss sich uns nicht. Auch deutsche Menschen mit geringem Einkommen finden ja nicht so leicht eine Wohnung. Und andere Geflüchtete aus Kriegsgebieten brauchen ja auch eine Wohnung!

Unsere Anträge wurden immer abgelehnt.

Jetzt die Kehrtwende!

Am 29. Januar verkündete die Sozialdezernentin, Frau Götz, der Wetteraukreis werde eine Wohnungsbörse aufbauen. Sie heißt nur anders: „Wohnungskompass“. Dazu wird es 1 bis 1,5 Stellen geben. Die Laufzeit ist auf zwei Jahre befristet. Dann soll evaluiert werden, ob das was bringt oder nicht.

Ziel dieses „Pilotprojektes“ sei eine bessere Ausnutzung des „Wohnungspotentials“ und die Möglichkeit zum Wohnungstausch. Es soll beraten werden (z. B. zu Barrierefreiheit) und begleitet (z. B. zu Vermietern, um Vorurteile abzubauen). Es werde Akquise betrieben, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, usw.

Zielgruppen sind junge Erwachsene aus Einrichtungen, Migranten und Asylsuchende und ältere Menschen (um eine viel teurere Heimunterbringung zu vermeiden).

Die finanzielle Mittel für das Projekt Wohnkompass betragen 300.000 Euro für zwei Jahre und werden aus dem Landessofortprogramm für die Kommunen entnommen.

Wir haben zwei Nachfragen gestellt:

1. Warum diese Zielgruppen? Warum sind einkommensschwache Familien mit Kindern nicht dabei, die sehr schwer eine Wohnung finden?

Antwort: Das erledigt das Wohncoaching beim Jobcenter. Überschneidungen seien nicht gewollt.

2. Was ist mit dem Wohncoaching beim Jobcenter? Die Stelle wird vom Wetteraukreis bezahlt und könnte dem Projekt Wohnkompass angegliedert werden. Zumal dort keine effektive Unterstützung bei der Wohnungssuche gegeben wird. Man erhält lediglich ein Merkblatt mit den Adressen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Antwort: Eine solche Übernahme in das neue Projekt sei angedacht.

Na, dann...



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber